

Marcus Scheiblecker

Konjunktur gewinnt nur langsam an Schwung

Prognose für 2014 und 2015

Konjunktur gewinnt nur langsam an Schwung. Prognose für 2014 und 2015

Gegen Jahresende belebte sich die Konjunktur in Österreich wie auch in Europa insgesamt. Die Beschleunigung wird allerdings weiterhin verhalten sein: Viele Länder haben die Finanzmarktkrise noch nicht überwunden, und die Notwendigkeit der Konsolidierung der öffentlichen Haushalte dämpft die Aufwärtsentwicklung. Die österreichische Wirtschaft wird 2014 und 2015 um jeweils 1,7% wachsen – zu wenig, um die Arbeitslosigkeit zurückzudrängen. Die Inflationsrate ist zwar rückläufig, bleibt aber im Vergleich mit den anderen EU-Ländern hoch.

Business Activity Gathering Pace Only Gradually. Economic Outlook for 2014 and 2015

Towards the end of 2013, activity rebounded in Austria as well as in Europe overall. However, the momentum promises to remain subdued: many countries are still struggling with the repercussions of the financial market crisis, and the need for consolidation of government households is restraining the growth of demand. The Austrian economy is projected to grow by 1.7 percent each in 2014 and 2015 – a pace too slow to rein back unemployment. Inflation is receding, though remaining high when compared with other EU member countries.

Kontakt:

Mag. Dr. Marcus Scheiblecker: WIFO, Arsenal, Objekt 20, 1030 Wien, Marcus.Scheiblecker@wifo.ac.at

JEL-Codes: E32, E66 • **Keywords:** Konjunkturbericht, Konjunkturprognose

Die Konjunkturprognose entsteht jeweils in Zusammenarbeit aller Mitarbeiter und Mitarbeiterinnen des WIFO. Zu den Definitionen siehe "Methodische Hinweise und Kurzglossar", in diesem Heft und http://www.wifo.ac.at/wwadocs/form/WIFO-Konjunkturbericht_erstattung-Glossar.pdf • Abgeschlossen am 26. März 2014.

Wissenschaftliche Assistenz: Astrid Czaloun (Astrid.Czaloun@wifo.ac.at), Maria Riegler (Maria.Riegler@wifo.ac.at)

Die Wirtschaft der Schwellenländer, die bislang die Weltkonjunktur stimulierte, entwickelt sich seit dem Vorjahr sehr verhalten, allerdings mit großen regionalen Unterschieden. In den USA befindet sich die Wirtschaft hingegen nach wie vor auf einem stabilen, aufwärtsgerichteten Wachstumspfad und sollte dort 2014 und 2015 verstärkt wachsen.

Im Euro-Raum erholt sich die Konjunktur nur schleppend. Die Finanzmarktkrise ist nach wie vor nicht überwunden, und die Fiskalpolitik erfordert in den meisten Mitgliedsländern Ausgabenzurückhaltung. Nach Überwindung der Rezession im Jahr 2013 ist heuer mit einem geringfügigen Wachstum von rund 1% zu rechnen, welches sich 2015 leicht auf 1,5% verstärken sollte.

Die für Österreichs Wirtschaft bedeutsamen Märkte in Ostmitteleuropa entwickeln sich seit 2013 wieder günstiger. Die hohe Verschuldung des privaten Sektors bremst allerdings die Expansion, sodass der Aufholprozess schwächer ist als vor der Krise.

In diesem Umfeld mäßiger außenwirtschaftlicher Impulse kann die exportorientierte heimische Wirtschaft kaum deutliche Produktionssteigerungen erzielen. Der Warenexport wird zwar 2014 real mit +5½% doppelt so stark wachsen wie 2013, damit jedoch deutlich hinter vergangenen Aufschwungphasen zurückbleiben. Obwohl die Maßnahmen zur Konsolidierung der öffentlichen Haushalte die Binnennachfrage dämpfen, werden Konsum und Investitionen an Dynamik gewinnen. Nach einem leichten Rückgang der Konsumausgaben der privaten Haushalte um real 0,2% im Vorjahr und der Bruttoanlageinvestitionen um 0,9% ist 2014 wieder mit einem Zuwachs von 0,8% bzw. 3% zu rechnen. 2015 werden die Konsumausgaben stärker anziehen, während das Wachstum der Investitionen wieder etwas an Schwung verlieren wird.

Insgesamt wird die österreichische Wirtschaft 2014 und 2015 um nur 1,7% wachsen und damit zu wenig, um eine Verringerung der Arbeitslosigkeit zu ermöglichen. 2014 wird sich die Zahl der Arbeitslosen auf über 300.000 erhöhen, 2015 weiter auf 314.000. Gleichzeitig wächst das Arbeitskräfteangebot anhaltend, die Beschäftigung wird ebenfalls ausgeweitet. Die Arbeitslosenquote steigt in der Folge nach österreichischer Berechnungsmethode heuer auf 8% und wird sich 2015 abermals leicht erhöhen.

Neue Informationen über Ausmaß und zeitliche Zuordnung der durch die Stützung der Hypo Alpe-Adria-Bank AG verursachten Belastungen lassen das Defizit des Gesamtstaates 2014 auf 3% des BIP emporschnellen. Ohne diese Belastungen würde der Fehlbetrag 2,1% ausmachen. 2015 ist aus heutiger Sicht mit einem Rückgang der Quote auf -1,2% zu rechnen, wobei ein beträchtlicher Unsicherheitspielraum besteht.

Übersicht 1: Hauptergebnisse der Prognose

	2010	2011	2012	2013	2014	2015
	Veränderung gegen das Vorjahr in %					
Bruttoinlandsprodukt						
Real	+ 1,8	+ 2,8	+ 0,9	+ 0,4	+ 1,7	+ 1,7
Nominell	+ 3,2	+ 4,9	+ 2,6	+ 2,0	+ 3,5	+ 3,7
Herstellung von Waren ¹⁾ , real	+ 7,6	+ 8,3	+ 1,1	+ 1,1	+ 3,5	+ 4,2
Handel, real	+ 2,2	+ 1,3	- 1,7	- 1,4	+ 1,3	+ 2,0
Private Konsumausgaben, real	+ 2,0	+ 0,8	+ 0,5	- 0,2	+ 0,8	+ 1,0
Bruttoanlageinvestitionen, real	- 1,4	+ 8,5	+ 1,6	- 0,9	+ 3,0	+ 2,1
Ausrüstungen	+ 2,1	+ 14,3	+ 2,1	- 3,1	+ 5,0	+ 3,0
Bauten	- 3,9	+ 2,5	+ 2,5	+ 0,7	+ 1,2	+ 1,3
Warenexporte ²⁾						
Real	+ 13,6	+ 8,1	+ 0,8	+ 2,7	+ 5,5	+ 6,5
Nominell	+ 16,7	+ 11,3	+ 1,5	+ 1,5	+ 6,2	+ 7,7
Warenimporte ²⁾						
Real	+ 11,7	+ 8,6	- 1,3	+ 0,2	+ 5,5	+ 6,0
Nominell	+ 16,5	+ 15,3	+ 0,7	- 1,5	+ 6,0	+ 7,0
Leistungsbilanzsaldo	Mrd. €					
	+ 9,74	+ 4,90	+ 4,93	+ 8,60	+ 10,67	+ 12,50
	in % des BIP					
	+ 3,4	+ 1,6	+ 1,6	+ 2,7	+ 3,3	+ 3,7
Sekundärmarktrendite ³⁾	in %					
	3,2	3,3	2,4	2,0	1,8	1,9
Verbraucherpreise						
	+ 1,9	+ 3,3	+ 2,4	+ 2,0	+ 1,9	+ 1,9
Arbeitslosenquote						
In % der Erwerbspersonen (Eurostat) ⁴⁾	4,4	4,2	4,3	4,9	5,2	5,3
In % der unselbstständigen Erwerbspersonen ⁵⁾	6,9	6,7	7,0	7,6	8,0	8,1
Unselbständig aktiv Beschäftigte ⁶⁾	+ 0,8	+ 1,9	+ 1,4	+ 0,6	+ 1,0	+ 1,0
Finanzierungssaldo des Staates (laut Maastricht-Definition)	in % des BIP					
	- 4,5	- 2,5	- 2,5	- 1,9	- 3,0	- 1,2

Q: WIFO. 2014, 2015: Prognose. – ¹⁾ Nettoproduktionswert, einschließlich Bergbau. – ²⁾ Laut Statistik Austria. – ³⁾ Bundesanleihen mit einer Laufzeit von 10 Jahren (Benchmark). – ⁴⁾ Labour Force Survey. – ⁵⁾ Arbeitslose laut Arbeitsmarktservice. – ⁶⁾ Ohne Personen, die Kinderbetreuungsgeld beziehen, ohne Präsenziener.

1. Aufschwung in den USA treibt die Weltwirtschaft

Die Wachstumskräfte verlagern sich seit einiger Zeit von den Schwellenländern hin zu den Industrieländern. Diese Tendenz wird 2014 und 2015 anhalten. Insbesondere in den USA wird die Wirtschaft anhaltend kräftig wachsen.

Die Belebung der Weltkonjunktur hielt im 2. Halbjahr 2013 an, insbesondere von den USA gingen starke Impulse aus. In der EU verbesserte sich die Konjunktur dagegen nur sehr zaghaf. Auch in den asiatischen Schwellenländern beschleunigte sich das Wachstum wieder merklich, die Produktion wurde in der zweiten Jahreshälfte kräftig gesteigert. In Lateinamerika hinterließen Kapitalabfluss und Abwertung hingegen deutliche Spuren, die Industrieproduktion ging im 2. Halbjahr 2013 sogar zurück. Das WIFO prognostiziert eine weitere Belebung der Weltkonjunktur bei regional sehr unterschiedlicher Dynamik.

In den USA beschleunigte sich das Wachstum nach einer Schwächeperiode im 1. Halbjahr ab Mitte 2013. Im IV. Quartal 2013 verlagerte sich die Nachfrage von den Investitionen zu Konsum und Außenbeitrag. Der Konsum der privaten Haushalte – die wichtigste Nachfragekomponente in den USA – verzeichnete mit +0,6% gegenüber der Vorperiode den höchsten Quartalszuwachs seit Anfang 2012. Sowohl dauerhafte (real +0,6%) als auch nicht dauerhafte Konsumgüter (+0,9%) wurden vermehrt ge-

kauft. Da gleichzeitig die verfügbaren Einkommen gegenüber der Vorperiode stagnierten, sank die Sparquote von 4,9% auf 4,5%.

In den USA dürften mehrere Faktoren dazu beitragen, dass die Konjunkturerholung anhält. So steigen die Hauspreise seit bereits zwei Jahren kontinuierlich, und die Verschuldung der privaten Haushalte sinkt. Die Unsicherheit, die von den politischen Schwierigkeiten rund um den Staatshaushalt Ende 2013 und Anfang 2014 ausging, ist bis auf weiteres überwunden. Diese Entwicklungen sowie die anhaltende Erholung auf dem Arbeitsmarkt und die geplante Anhebung der Mindestlöhne dürften den privaten Konsum weiterhin stützen. Zusätzlich werden aufgrund der allgemeinen Verbesserung der Wirtschaftslage und des robusten Exportwachstums auch die Unternehmensinvestitionen im Prognosezeitraum deutlich anziehen. Der markante Rückgang der Energieimporte wegen des Ausbaues der Förderung von Schieferöl und Schiefergas trägt zu einer verhaltenen Entwicklung der Importe bei. Das Leistungsbilanzdefizit der USA dürfte daher trotz guter Konjunktur und kräftiger Ausweitung der Konsumausgaben nicht mehr dasselbe Ausmaß erreichen wie vor 2007. Die positiven Konjunkturaussichten spiegeln sich auch in den Umfragen unter Unternehmen und Konsumenten. Das WIFO rechnet 2014 mit einem Anstieg des BIP um real 2,7% und 2015 um 3,1%.

Übersicht 2: Annahmen über die internationale Konjunktur

	2010	2011	2012	2013	2014	2015
	Veränderung gegen das Vorjahr in %					
<i>Bruttoinlandsprodukt, real</i>						
Welt	+ 5,2	+ 3,8	+ 3,1	+ 3,0	+ 3,5	+ 3,8
USA	+ 2,5	+ 1,8	+ 2,8	+ 1,9	+ 2,7	+ 3,1
Japan	+ 4,7	- 0,5	+ 1,4	+ 1,5	+ 1,4	+ 1,2
EU 28	+ 2,0	+ 1,7	- 0,4	+ 0,1	+ 1,5	+ 1,9
Euro-Raum (18 Länder) ¹⁾	+ 2,0	+ 1,6	- 0,7	- 0,4	+ 1,1	+ 1,5
MOEL 5 ²⁾	+ 3,1	+ 3,2	+ 0,6	+ 0,9	+ 2,5	+ 2,9
China	+10,4	+ 9,3	+ 7,7	+ 7,7	+ 7,6	+ 7,3
Welthandel, real	+14,5	+ 6,2	+ 1,9	+ 2,7	+ 5,5	+ 6,5
Marktwachstum Österreichs ³⁾	+14,5	+ 7,5	+ 1,3	+ 1,7	+ 5,5	+ 6,5
Weltmarkt-Rohstoffpreise ⁴⁾	+28,9	+28,6	- 2,8	- 2,0	+ 1	± 0
Ohne Rohöl	+31,9	+19,2	-14,4	- 6,0	± 0	± 0
Erdölpreis						
Brent, \$ je Barrel	79,5	111,3	111,6	108,7	110	110
Wechselkurs ⁵⁾						
\$ je Euro	1,327	1,392	1,286	1,328	1,35	1,35

Q: WIFO. 2014, 2015: Prognose. – ¹⁾ Belgien, Deutschland, Estland, Finnland, Frankreich, Griechenland, Irland, Italien, Lettland, Luxemburg, Malta, Niederlande, Österreich, Portugal, Slowakei, Slowenien, Spanien, Zypern. – ²⁾ Polen, Slowakei, Slowenien, Tschechien, Ungarn. – ³⁾ Veränderungsrate der realen Importe (laut Oxford Economics) der Partnerländer gewichtet mit österreichischen Exportanteilen. – ⁴⁾ HWWI-Index, auf Dollar-Basis. – ⁵⁾ Monatsdurchschnitte.

In Japan wird das Wachstum heuer entscheidend durch fiskalpolitische Maßnahmen beeinflusst. Vor der Anhebung des Mehrwertsteuersatzes im April 2014 dürften im I. Quartal umfangreiche Vorziehkäufe getätigt werden. In den Folgemonaten wird sich der Konsum wieder verhaltener entwickeln. Gestützt wird die japanische Wirtschaft heuer durch ein Konjunkturpaket, das die Effekte der Steuererhöhung abfedern soll, sowie durch die expansive Geldpolitik. Die Lohnverhandlungen im Frühjahr sollen aus Sicht der Regierung dazu beitragen, dass die Einkommen wieder steigen und die Deflation nachhaltig überwunden wird. Auch der Außenhandel wird nach der kräftigen Abwertung im Vorjahr und dem Rückgang der Energieimporte (Wiederinbetriebnahme von Atomkraftwerken) die Konjunktur stützen. Für 2014 wird daher ein Wirtschaftswachstum von 1,4% prognostiziert, das sich 2015 auf 1,2% verlangsamen wird.

2. Gespaltene Wirtschaftsentwicklung in den Schwellenländern

In den Schwellenländern trübten sich die Erwartungen zuletzt ein. Kapitalabflüsse und Abwertungen erforderten in einigen asiatischen und lateinamerikanischen Ländern eine Zinssatzanhebung, die nun die Inlandsnachfrage dämpft. Der Rückgang

Während die Konjunktur in den asiatischen Schwellenländern Ende 2013 wieder anzog, leidet sie in einigen Ländern Lateinamerikas unter dem Rückgang der Rohstoffpreise und den Kapitalabflüssen.

der Rohstoffpreise belastet die Konjunktur zusätzlich, insbesondere in den rohstoffexportierenden Ländern Lateinamerikas und in Russland.

Chinas Wirtschaft wird hingegen weiterhin kräftig expandieren (2014 +7,6%, 2015 +7,3%). Ein signifikantes Abwärtsrisiko stellt allerdings die Überhitzung des Immobiliensektors dar. Die vor allem durch ein Schattenbankensystem lockere Kreditvergabe könnte einen beträchtlichen Anstieg nicht einbringlicher Forderungen bewirken. Dies hätte eine destabilisierende Wirkung auf das Finanzsystem, welche die Transformation der Wirtschaft – von einem durch Investitionen und Exporte getriebenen Expansionsmodell zu einer größeren Bedeutung des privaten Konsums – erschweren würde.

Mittelfristig wird die Wirtschaft der Schwellenländer nicht mehr so kräftig wachsen wie in den vergangenen Jahren. Das Aufholpotential hat sich weltweit verkleinert, der Wettbewerbsvorteil niedriger Lohnkosten ist vielerorts bereits geschwunden. Der Übergang zu einem innovationsbasierten Wachstum dürfte jedoch erheblich schwieriger sein als die Funktion der verlängerten Werkbank. In einigen Ländern dürften auch bereits Engpässe im Bereich von Institutionen und Infrastruktur bestehen, die eine weitere Expansion erschweren. Trotz dieser generellen Abschwächung wird die Wirtschaft der Schwellenländer aber weiterhin überdurchschnittlich expandieren.

3. Finanzierungsprobleme bremsen Aufholprozess in Ostmitteleuropa

Der rasche ökonomische Aufholprozess der Länder Ostmitteleuropas erforderte einen erheblichen Zufluss von Kapital und Finanzmitteln aus dem Ausland. Der Vertrauensschwund der Investoren im Zuge der Finanzmarkt- und Wirtschaftskrise seit 2008 begrenzt seither die verfügbaren Mittel deutlich.

Der Vertrauensschwund der Investoren im Gefolge der Finanzmarktkrise seit 2008 traf vor allem die dynamisch wachsenden und auf den Zufluss von Auslandskapital angewiesenen Volkswirtschaften in Ostmitteleuropa. Das Ausbleiben dieser Mittel und die hohe Verschuldung des privaten Sektors lösten in einigen Ländern Ostmitteleuropas 2012 abermals eine Rezession aus. 2013 zog das Wirtschaftswachstum in der Region wieder an – in den für die österreichische Wirtschaft besonders bedeutenden MOEL 5 (Polen, Slowakei, Slowenien, Tschechien und Ungarn) von +0,6% im Jahr 2012 auf knapp +1%.

Die Wirtschaftsentwicklung Ende 2013 und die Unternehmensumfragen deuten auf eine weitere Verstärkung der Konjunktur im Jahr 2014 hin. In den MOEL 5 wird sich das Wachstum 2014 auf 2,5% und 2015 weiter auf knapp 3% beschleunigen. Damit hat die Wirtschaft in dieser Region noch nicht zu ihrer Expansionsstärke vor der Krise zurückgefunden (2002/2008 +3 Prozentpunkte p. a. gegenüber dem Durchschnitt des Euro-Raumes, seither rund +1½ Prozentpunkte).

Sobald die privaten Haushalte über den Arbeitsmarkt von der Konjunkturerholung so weit profitieren, dass sie ihre Verschuldung verringern können, wird sich auch das Vertrauen der Finanzmärkte festigen und einen rascheren Aufholprozess ermöglichen. Davon würde insbesondere die österreichische Wirtschaft profitieren.

4. Anhaltend zaghafte Besserung im Euro-Raum

Seit der Überwindung der Folgerezession ab dem II. Quartal 2013 gewann die Konjunktur im Euro-Raum allmählich an Schwung. Das Wachstum beschleunigt sich zwar seither, aber bislang schwächer als in früheren Aufschwungphasen. Gemäß den Unternehmensumfragen ist mittelfristig kein entsprechender Aufwärtstrend zu erwarten.

Obwohl die Wirtschaft des Euro-Raumes die Rezession im II. Quartal 2013 überwunden hat, belasten nach wie vor viele Nachwirkungen der Finanzmarktkrise die Konjunktur. Die hohe Arbeitslosigkeit drückt die Einkommen der Haushalte und verhindert einen zügigen Abbau von deren Verschuldung. In der Folge entwickeln sich die Konsumausgaben äußerst zurückhaltend. Auch die Unternehmen zögern noch mit Investitionen und der Neueinstellung von Arbeitskräften. Der öffentliche Sektor kann wegen erforderlichen Maßnahmen zur Sanierung der Staatsfinanzen ebenfalls keine expansiven Impulse liefern. Vor diesem Hintergrund beschleunigt sich die Erholung aus der Krise nicht.

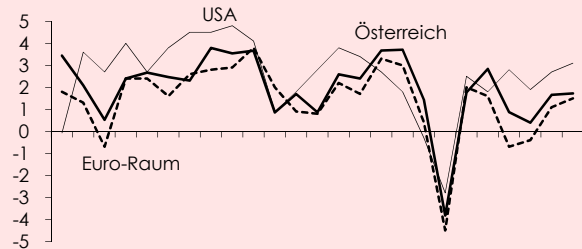
Im IV. Quartal 2013 erhöhte sich das BIP im Euro-Raum mit real +0,3% nicht stärker als im II. Quartal. Die Unternehmensumfragen deuten auf eine kontinuierliche Verbesserung der Konjunktur hin, die in Aufschwungphasen typische Beschleunigung bleibt aber aus. Allerdings erfasst die Erholung ausgehend von einzelnen Ländern immer mehr Volkswirtschaften.

Auf diese nur allmähliche Besserung reagiert der Arbeitsmarkt entsprechend zurückhaltend. Die EU-weit harmonisierte Arbeitslosenquote verringerte sich im Euro-Raum von 12,1% im II. und III. Quartal 2013 auf 12% im IV. Quartal. Während mittlerweile auch Portugal, Spanien und Irland einen Rückgang der Arbeitslosenquote verzeichnen, erzielen Italien und Griechenland noch kaum Fortschritte.

Abbildung 1: Indikatoren der Wirtschaftsentwicklung und der Wirtschaftspolitik

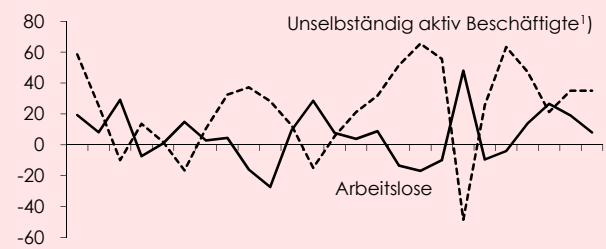
Wirtschaftswachstum

In %



Beschäftigung und Arbeitslosigkeit

Veränderung gegen das Vorjahr in 1.000



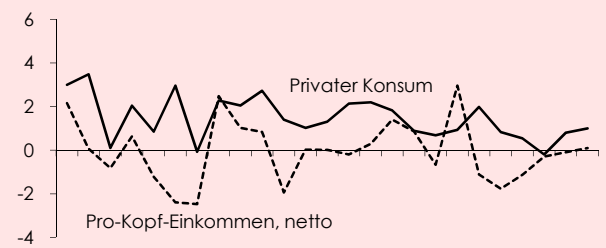
Produktion und Investitionen

Veränderung gegen das Vorjahr in %, real



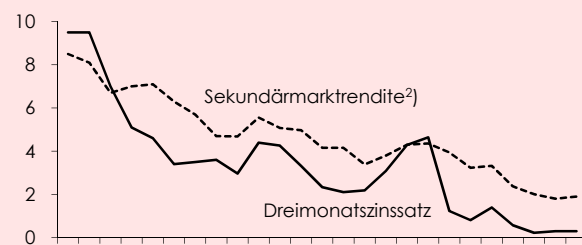
Konsum und Einkommen

Veränderung gegen das Vorjahr in %, real



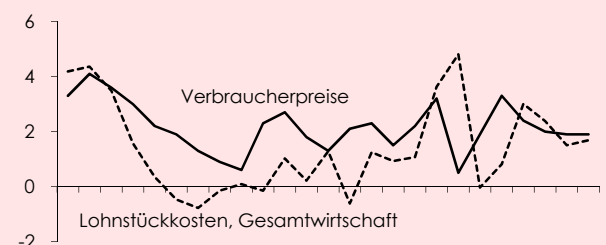
Kurz- und langfristige Zinssätze

In %



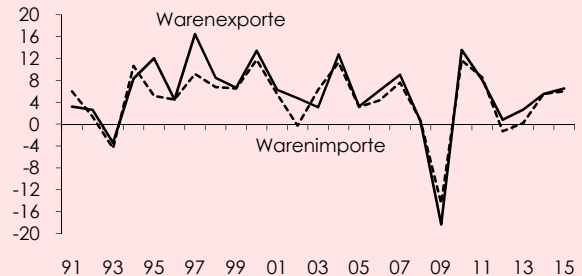
Preise und Lohnstückkosten

Veränderung gegen das Vorjahr in %



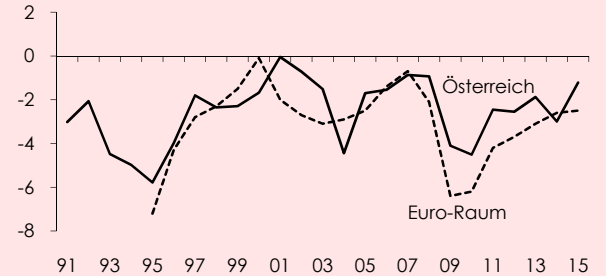
Außenhandel (laut Statistik Austria)

Veränderung gegen das Vorjahr in %, real



Finanzierungssaldo des Staates

In % des BIP



Q: WIFO. 2014, 2015: Prognose. – ¹⁾ Ohne Personen, die Kinderbetreuungsgeld beziehen, ohne Präsenziener, ohne in der Beschäftigungsstatistik erfasste Arbeitslose in Schulung; Bruch 2007/08 wegen Umstellung in der Beschäftigtenstatistik. – ²⁾ Bundesanleihen mit einer Laufzeit von 10 Jahren (Benchmark).

Das aufgrund der Konjunkturschwäche im Euro-Raum geringe Nachfragewachstum schlägt sich auch in der Preisentwicklung nieder: Die Inflationsrate ist tendenziell seit

Mitte 2013 rückläufig und betrug im Februar 2014 0,7%, nach 0,8% im Jänner. Über den Rückgang der Rohstoffpreise auf dem Weltmarkt hinaus spiegelt diese Entwicklung die Konjunkturschwäche der einzelnen Länder deutlich wider. Eine Deflationsphase mit seit Monaten rückläufigen Verbraucherpreisen ist in Zypern und Griechenland zu beobachten. In Irland, Spanien und Portugal stagniert das Preisniveau bereits seit einiger Zeit, in der Slowakei und Slowenien seit Jahresbeginn.

Die Verbesserung des Verbraucher- und Unternehmensvertrauens im Euro-Raum unterstützt die Konjunkturbelebung. Die Dynamik dürfte jedoch mittelfristig verhaltener sein als in einem typischen Konjunkturaufschwung. Das WIFO erwartet nach dem Rückgang der Wirtschaftsleistung im Jahr 2012 um 0,7% und 2013 um 0,4% für 2014 ein Wachstum von knapp über 1%, das sich 2015 leicht auf 1,5% verstärken wird.

Die Situation auf dem Arbeitsmarkt wird sich ebenfalls nur langsam entspannen. Die private Verschuldung wird daher nur zögerlich abgebaut werden können, bevor die Konsumnachfrage steigen wird. Mit der Zunahme der Kapazitätsauslastung und der Verbesserung der Produktionserwartungen im Euro-Raum werden die Unternehmensinvestitionen bereits heuer anziehen. Die Dynamik wird jedoch verhalten bleiben, weil die angestrebte Verbesserung der Bilanzen der Banken, privaten Haushalte und Unternehmen noch nicht abgeschlossen ist. Die Fiskalpolitik dürfte hingegen im Prognosezeitraum insgesamt nicht mehr so restriktiv sein wie in den Vorjahren, wenngleich ehrgeizige Pläne zum Abbau der Staatsschuld vorliegen.

5. Weiterhin flacher Aufschwung in Österreich

Die Unternehmensumfragen im WIFO-Konjunkturtest weisen nach wie vor auf keinerlei Verstärkung des Konjunkturaufschwunges hin, die Konsumschwäche dauert an.

Seit der Stagnation im II. Quartal 2013 nimmt die Expansion der gesamtwirtschaftlichen Produktion in Österreich wieder stetig zu (IV. Quartal 2013 real +0,3% gegenüber der Vorperiode). Sowohl der WIFO-Konjunkturtest als auch der WIFO-Frühindikator deuten auf ein Anhalten der Erholung hin, jedoch ist auch in Österreich mit keiner zügigen Beschleunigung der Aufwärtsdynamik zu rechnen, wie dies in Aufschwungsphasen üblich ist.

Übersicht 3: Entwicklung der Bruttowertschöpfung

Zu Herstellungspreisen

	2012	2013	2014	2015	2012	2013	2014	2015
	Mrd. € (Referenzjahr 2005)				Veränderung gegen das Vorjahr in %			
<i>Real (berechnet auf Basis von Vorjahrespreisen)</i>								
Land- und Forstwirtschaft, Fischerei	3,58	3,53	3,53	3,53	- 8,0	- 1,4	± 0,0	± 0,0
Herstellung von Waren einschließlich Bergbau	52,84	53,41	55,28	57,60	+ 1,1	+ 1,1	+ 3,5	+ 4,2
Energie- und Wasserversorgung, Abfallentsorgung	6,94	7,82	8,13	8,05	+ 9,7	+12,7	+ 4,0	- 1,0
Bau	14,27	14,30	14,47	14,66	+ 0,8	+ 0,2	+ 1,2	+ 1,3
Handel, Kfz	29,84	29,43	29,81	30,40	- 1,7	- 1,4	+ 1,3	+ 2,0
Verkehr	10,44	10,38	10,43	10,49	- 1,0	- 0,6	+ 0,5	+ 0,5
Beherbergung und Gastronomie	11,30	11,05	11,24	11,44	+ 1,6	- 2,2	+ 1,7	+ 1,8
Information und Kommunikation	8,44	8,27	8,36	8,44	- 1,5	- 2,0	+ 1,0	+ 1,0
Kredit- und Versicherungswesen	15,07	15,07	15,11	15,16	+ 2,7	- 0,0	+ 0,3	+ 0,3
Grundstücks- und Wohnungswesen	23,82	23,98	24,36	24,75	+ 1,7	+ 0,7	+ 1,6	+ 1,6
Sonstige wirtschaftliche Dienstleistungen ¹⁾	22,00	22,08	22,57	23,06	+ 0,8	+ 0,4	+ 2,2	+ 2,2
Öffentliche Verwaltung ²⁾	41,26	41,68	41,97	42,18	+ 1,3	+ 1,0	+ 0,7	+ 0,5
Sonstige Dienstleistungen	6,64	6,72	6,79	6,83	+ 1,1	+ 1,3	+ 1,0	+ 0,7
Wertschöpfung der Wirtschaftsbereiche ³⁾	246,15	247,41	251,59	255,95	+ 0,8	+ 0,5	+ 1,7	+ 1,7
Bruttoinlandsprodukt	271,54	272,61	277,14	281,91	+ 0,9	+ 0,4	+ 1,7	+ 1,7

Q: WIFO. 2014, 2015: Prognose. – ¹⁾ Erbringung von freiberuflichen, wissenschaftlichen, technischen und sonstigen wirtschaftlichen Dienstleistungen (ÖNACE 2008, Abschnitte M bis N). – ²⁾ Einschließlich Sozialversicherung, Verteidigung, Erziehung, Unterricht, Gesundheits- und Sozialwesen (ÖNACE 2008, Abschnitte O bis Q). – ³⁾ Vor Abzug der Gütersubventionen und vor Zurechnung der Gütersteuern.

Der Konsum der privaten Haushalte wird sich im Prognosezeitraum schwach entwickeln. Nach einem Rückgang um real 0,2% im Jahr 2013 ist 2014 mit einem realen Anstieg um nur 0,8% zu rechnen, obwohl vor der Anhebung der Normverbrauchsabgabe mit 1. März 2014 Pkw-Vorzahkäufe zu erwarten sind. 2015 wird sich das Wachstum leicht auf 1,0% erhöhen. Wegen der mäßigen Einkommensteigerung wird der Konsum die Konjunktur nicht stützen. Die Pro-Kopf-Nettolöhne werden 2014 das fünfte Jahr in Folge real sinken, erst 2015 ist mit einem leichten Anstieg um 0,1% zu rechnen.

Übersicht 4: Entwicklung der Nachfrage

Real (berechnet auf Basis von Vorjahrespreisen)

	2012 2013 2014 2015				2012 2013 2014 2015			
	Mrd. € (Referenzjahr 2005)				Veränderung gegen das Vorjahr in %			
Konsumausgaben insgesamt	195,41	195,15	196,56	198,18	+ 0,4	- 0,1	+ 0,7	+ 0,8
Private Haushalte ¹⁾	145,59	145,31	146,47	147,93	+ 0,5	- 0,2	+ 0,8	+ 1,0
Staat	49,83	49,87	50,11	50,26	+ 0,2	+ 0,1	+ 0,5	+ 0,3
Bruttoinvestitionen	58,88	56,47	59,07	60,91	- 1,2	- 4,1	+ 4,6	+ 3,1
Bruttoanlageinvestitionen	56,51	56,01	57,67	58,88	+ 1,6	- 0,9	+ 3,0	+ 2,1
Ausrüstungen	23,28	22,55	23,68	24,39	+ 2,1	- 3,1	+ 5,0	+ 3,0
Bauten	27,92	28,12	28,45	28,82	+ 2,5	+ 0,7	+ 1,2	+ 1,3
Inländische Verwendung	254,23	251,99	255,92	259,46	- 0,0	- 0,9	+ 1,6	+ 1,4
Exporte	156,46	160,80	168,40	178,08	+ 1,2	+ 2,8	+ 4,7	+ 5,7
Reiseverkehr	11,69	11,75	11,99	12,23	+ 0,8	+ 0,5	+ 2,0	+ 2,0
Minus Importe	139,30	140,18	146,93	155,02	- 0,3	+ 0,6	+ 4,8	+ 5,5
Reiseverkehr	5,39	5,28	5,38	5,52	- 4,2	- 2,0	+ 2,0	+ 2,5
Bruttoinlandsprodukt	271,54	272,61	277,14	281,91	+ 0,9	+ 0,4	+ 1,7	+ 1,7
Nominell	307,00	313,20	324,14	336,09	+ 2,6	+ 2,0	+ 3,5	+ 3,7

Q: WIFO. 2014, 2015: Prognose. – ¹⁾ Einschließlich privater Organisationen ohne Erwerbszweck.

Die privaten Haushalte werden ihre Konsumausgaben weiter zulasten der Spartätigkeit ausweiten. 2013 sank die Sparquote auf 6,5%, den niedrigsten Wert seit Erstellung der Statistik vergleichbarer Werte ab 1995. Für 2014 und 2015 wird eine schrittweise Erhöhung auf 6,8% bzw. 7,1% prognostiziert.

Übersicht 5: Konsum, Einkommen und Preise

	2010	2011	2012	2013	2014	2015
	Veränderung gegen das Vorjahr in %, real					
Private Konsumausgaben ¹⁾	+ 2,0	+ 0,8	+ 0,5	- 0,2	+ 0,8	+ 1,0
Dauerhafte Konsumgüter	+ 1,6	+ 1,8	+ 0,6	- 2,2	+ 2,5	+ 1,0
Nichtdauerhafte Konsumgüter und Dienstleistungen	+ 2,0	+ 0,7	+ 0,5	+ 0,0	+ 0,6	+ 1,0
Verfügbares Einkommen der privaten Haushalte	- 0,5	- 1,3	+ 1,1	- 1,2	+ 1,1	+ 1,3
In % des verfügbaren Einkommens						
Sparquote der privaten Haushalte ²⁾	8,9	6,7	7,4	6,5	6,8	7,1
Sparquote der privaten Haushalte ³⁾	8,4	6,4	7,0	6,0	6,3	6,6
Veränderung gegen das Vorjahr in %						
Direktkredite an inländische Nichtbanken (Jahresendstände)	+ 2,9	+ 2,7	+ 0,0	- 1,2	+ 1,8	+ 2,3
In %						
Inflationsrate						
National	1,9	3,3	2,4	2,0	1,9	1,9
Harmonisiert	1,7	3,6	2,6	2,1	1,9	1,9
"Kerninflation" ⁴⁾	1,2	2,8	2,3	2,3	2,1	1,9

Q: WIFO. 2014, 2015: Prognose. – ¹⁾ Private Haushalte einschließlich privater Organisationen ohne Erwerbszweck. – ²⁾ Einschließlich Zunahme betrieblicher Versorgungsansprüche. – ³⁾ Ohne Zunahme betrieblicher Versorgungsansprüche. – ⁴⁾ Ohne Energie und unverarbeitete Nahrungsmittel (Fleisch, Fisch, Obst, Gemüse).

Die Steigerung der Anlageinvestitionen um real 3% im Jahr 2014 nach dem Rückgang um fast 1% 2013 spiegelt nur teilweise die Konjunkturbelebung wider: Die Investitionsflaute 2013 ließ zusätzlichen Bedarf an Ersatzinvestitionen entstehen. 2015 wird sich der Anstieg der Bruttoanlageinvestitionen auf real gut 2% verringern und damit wieder eher der Konjunkturlage entsprechen.

Die Ausrüstungsinvestitionen wuchsen 2014 und 2015 stärker als die von den Sparbemühungen im öffentlichen Bereich betroffenen Bauinvestitionen. Wegen des hohen Importgehaltes der Ausrüstungsinvestitionen wird die heimische Wirtschaft von deren Expansion aber nur teilweise profitieren.

Die Außenwirtschaft wird die Expansion in Österreich im Prognosezeitraum nur wenig stimulieren. Zwar verbessert sich die Konjunktur sowohl im Euro-Raum als auch in der EU insgesamt, jedoch nicht mit der Dynamik vergangener Aufschwungphasen. In den Schwellenländern erreicht das Wachstum ebenfalls nicht mehr den Schwung vergangener Perioden, nur die USA sind derzeit ein prosperierender Handelspartner.

Der Warenexport wird unter diesen Bedingungen heuer real um 5,5% wachsen, ebenso stark wie der Warenimport. Der außenwirtschaftliche Impuls wird daher schwächer ausfallen als 2013. Erst 2015 wird das Wachstum der Warenausfuhr jenes der Importe wieder übertreffen.

Übersicht 6: Löhne, Wettbewerbsfähigkeit

	2010	2011	2012	2013	2014	2015
	Veränderung gegen das Vorjahr in %					
<i>Löhne und Gehälter pro Kopf¹⁾</i>						
Nominell, brutto	+ 0,9	+ 1,8	+ 2,4	+ 2,1	+ 2,1	+ 2,4
Real ²⁾						
Brutto	- 0,9	- 1,4	- 0,1	+ 0,1	+ 0,2	+ 0,5
Netto	- 1,1	- 1,8	- 1,1	- 0,3	- 0,1	+ 0,1
<i>Lohnstückkosten</i>						
Gesamtwirtschaft	- 0,0	+ 0,8	+ 3,0	+ 2,4	+ 1,5	+ 1,7
Herstellung von Waren	- 6,9	- 3,0	+ 3,0	+ 2,0	- 0,8	- 1,0
<i>Effektiver Wechselkursindex Industriewaren</i>						
Nominell	- 2,9	+ 0,1	- 1,7	+ 1,8	+ 0,8	+ 0,2
Real	- 3,2	+ 0,5	- 1,7	+ 2,1	+ 1,0	- 0,1

Q: WIFO. 2014, 2015: Prognose. – ¹⁾ Je Beschäftigungsverhältnis (laut VGR). – ²⁾ Deflationiert mit dem VPI.

In Österreich liegt die Inflationsrate weiterhin deutlich über dem Durchschnitt des Euro-Raumes. Die Anhebung von Verbrauchsabgaben verstärkt 2014 und 2015 den Preisauftrieb.

5.1 Keine Deflationsgefahr in Österreich

Im Februar 2014 sank die Inflationsrate in Österreich von 1,6% (Jänner) auf 1,5%; der Rückgang der Treibstoffpreise beschleunigte sich merklich (Februar -5,3%, Jänner -3,7%). Wie in den vergangenen Monaten verteuerten sich vor allem Nahrungsmittel, aber auch "Restaurants und Hotels" (+2,9%) sowie Mieten (+3%).

Für das Jahr 2014 rechnet das WIFO mit einer Inflationsrate von 1,9%. Der inflationsdämpfende Effekt der Treibstoffverbilligung wird im Jahresverlauf abklingen, während die Anhebung der Tabaksteuer, der motorbezogenen Versicherungssteuer, der Normverbrauchsabgabe, der Alkohol- und der Schaumweinsteuer mit 1. März 2014 preisteigernd wirken. 2014 wird der Inflationsbeitrag dieser Verbrauchssteuererhöhungen rund ¼ Prozentpunkt betragen. Auch für das Jahr 2015 wird eine Inflationsrate von 1,9% prognostiziert, wobei knapp 0,2 Prozentpunkte auf eine weitere Erhöhung der Tabaksteuer (mit 1. April 2015) und die Anpassung der Richtwert- und Kategoriemieten im 1. Halbjahr 2014 zurückzuführen sind, die im VPI erst mit einer Verzögerung von etwa sechs Monaten wirksam werden.

Damit ist im Prognosezeitraum keinerlei deflationäre Tendenz festzustellen. Die Teuerungsrate liegt in Österreich anhaltend über dem Durchschnitt des Euro-Raumes (Februar 2014: Österreich 1,5%, Euro-Raum 0,7%); der Unterschied von +0,8 Prozentpunkten ging großteils auf die Kategorien Dienstleistungen zurück (Hotels, Cafés und Restaurants +0,3 Prozentpunkte, Nachrichtenübermittlung +0,2 Prozentpunkte, Kultur- und Freizeitdienstleistungen sowie Krankenhausdienstleistungen jeweils +0,1 Prozentpunkt). Auch die Mieten erhöhten sich stärker als im Durchschnitt des Euro-Raumes (Österreich +3%, Euro-Raum +1,4%).

5.2 Arbeitskräfteangebot steigt stärker als Nachfrage

Die Erholung der österreichischen Wirtschaft geht mit einer verstärkten Ausweitung der Beschäftigung einher. Seit einigen Monaten steigt auch die Zahl der Leiharbeitskräfte wieder merklich. Nach +0,6% im Jahr 2013 wird die Zahl der unselbständig aktiv Beschäftigten 2014 und 2015 um jeweils 1% zunehmen (jeweils +35.000 Stellen).

Übersicht 7: Produktivität

	2010	2011	2012	2013	2014	2015
	Veränderung gegen das Vorjahr in %					
Gesamtwirtschaft						
Bruttoinlandsprodukt, real	+ 1,8	+ 2,8	+ 0,9	+ 0,4	+ 1,7	+ 1,7
Geleistete Arbeitsstunden ¹⁾	- 0,1	+ 2,3	- 0,0	- 0,9	+ 0,6	+ 0,6
Stundenproduktivität ²⁾	+ 1,9	+ 0,5	+ 0,9	+ 1,3	+ 1,1	+ 1,1
Erwerbstätige ³⁾	+ 0,7	+ 1,8	+ 1,4	+ 0,6	+ 1,1	+ 1,0
Herstellung von Waren						
Produktion ⁴⁾	+ 7,8	+ 8,3	+ 1,2	+ 1,2	+ 3,5	+ 4,2
Geleistete Arbeitsstunden ⁵⁾	+ 1,6	+ 1,4	+ 0,6	- 1,2	+ 0,2	+ 0,3
Stundenproduktivität ²⁾	+ 6,1	+ 6,9	+ 0,6	+ 2,4	+ 3,3	+ 3,9
Unselbständig Beschäftigte ⁶⁾	- 1,3	+ 1,7	+ 1,1	- 0,0	+ 0,2	+ 0,3

Q: WIFO. 2014, 2015: Prognose. – ¹⁾ Von Erwerbstätigen geleistete Arbeitsstunden laut VGR. – ²⁾ Produktion je geleisteter Arbeitsstunde. – ³⁾ Unselbständige und Selbständige laut VGR (Beschäftigungsverhältnisse). – ⁴⁾ Nettoproduktion, real. – ⁵⁾ Von unselbständig Beschäftigten geleistete Arbeitsstunden laut VGR. – ⁶⁾ Unselbständig Beschäftigte laut VGR (Beschäftigungsverhältnisse).

Übersicht 8: Arbeitsmarkt

	2010	2011	2012	2013	2014	2015
	Veränderung gegen das Vorjahr in 1.000					
Nachfrage nach Arbeitskräften						
Aktiv Erwerbstätige ¹⁾	+ 37,4	+ 67,3	+ 51,7	+ 30,3	+ 41,0	+ 40,0
Unselbständig aktiv Beschäftigte ¹⁾²⁾	+ 25,5	+ 63,3	+ 47,2	+ 21,2	+ 35,0	+ 35,0
Veränderung gegen das Vorjahr	in %	+ 0,8	+ 1,9	+ 1,4	+ 0,6	+ 1,0
Inländische Arbeitskräfte	+ 5,8	+ 25,7	+ 9,0	- 8,5	+ 3,0	+ 9,0
Ausländische Arbeitskräfte	+ 19,7	+ 37,7	+ 38,1	+ 29,7	+ 32,0	+ 26,0
Selbständige ³⁾	+ 11,9	+ 4,0	+ 4,5	+ 9,1	+ 6,0	+ 5,0
Angebot an Arbeitskräften						
Bevölkerung im erwerbsfähigen Alter						
15- bis 64-Jährige	+ 17,3	+ 31,3	+ 18,0	+ 14,0	+ 5,8	+ 8,1
15- bis 59-Jährige	+ 4,9	+ 11,7	+ 22,3	+ 18,0	+ 5,6	+ 1,7
Erwerbspersonen ⁴⁾	+ 27,9	+ 63,2	+ 65,6	+ 56,9	+ 60,0	+ 48,0
Überschuss an Arbeitskräften						
Vorgemerkte Arbeitslose ⁵⁾	- 9,5	- 4,1	+ 13,9	+ 26,6	+ 19,0	+ 8,0
Stand	in 1.000	250,8	246,7	260,6	287,2	306,2
Arbeitslose in Kursmaßnahmen	in 1.000	73,2	63,2	66,6	73,5	79,5
Arbeitslosenquote						
In % der Erwerbspersonen ⁶⁾	4,4	4,2	4,3	4,9	5,2	5,3
In % der Erwerbspersonen ⁵⁾	6,2	6,0	6,3	6,8	7,2	7,3
In % der unselbständigen Erwerbspersonen ⁵⁾	6,9	6,7	7,0	7,6	8,0	8,1
Beschäftigungsquote						
Aktiv Erwerbstätige ¹⁾⁷⁾	65,4	66,2	66,9	67,3	68,0	68,6
Erwerbstätige ⁶⁾⁷⁾	71,7	72,1	72,5	72,4	72,7	73,0

Q: WIFO. 2014, 2015: Prognose. – ¹⁾ Ohne Personen, die Kinderbetreuungsgeld beziehen, ohne Präsenzdienner. – ²⁾ Laut Hauptverband der österreichischen Sozialversicherungsträger. – ³⁾ Laut WIFO, einschließlich freier Berufe und Mithelfender. – ⁴⁾ Aktiv Erwerbstätige plus Arbeitslose. – ⁵⁾ Arbeitslose laut Arbeitsmarktservice. – ⁶⁾ Laut Eurostat (Labour Force Survey). – ⁷⁾ In % der Bevölkerung im erwerbsfähigen Alter (15- bis 64-Jährige).

Die Konjunkturbelebung und die Gewährung des freien Arbeitsmarktzuganges für Arbeitskräfte aus Rumänien und Bulgarien mit Anfang 2014 beflügeln die Ausweitung des Arbeitskräfteangebotes aus dem Ausland. Zusätzlich verstärkt die Einschränkung des Zuganges in die vorzeitige Alterspension den Anstieg des Arbeitskräfteangebotes. Da die Wirtschaftsleistung 2014 und 2015 noch zu schwach expandiert, um diesen Zuwachs zu absorbieren, ist in beiden Jahren mit einem weiteren Anstieg der Arbeitslosigkeit zu rechnen. 2014 wird die Zahl der vorgemerkten Arbeitslosen auf rund 306.000 steigen (+19.000) und 2015 auf 314.000. Die Arbeitslosenquote wird sich da-

Aufgrund der allmählichen Konjunkturbelebung wird die Beschäftigung in Österreich ausgeweitet. Diese Zunahme bleibt jedoch hinter jener des Arbeitskräfteangebotes zurück, sodass die Arbeitslosigkeit weiter steigt.

her nach österreichischer Berechnungsmethode von 7,6% im Jahr 2013 auf 8,0% 2014 und 8,1% 2015 erhöhen.

6. Haushaltssaldo geprägt von Konsolidierungsmaßnahmen und Aufwand für die Hypo Alpe-Adria-Bank AG

2014 und 2015 wird die Entwicklung des Haushaltssaldos nach Maastricht-Definition geprägt von weiteren Konsolidierungsmaßnahmen und den Hilfgeldern zur Abwicklung der Hypo Alpe-Adria-Bank AG in Form einer Abbaugesellschaft. Für 2014 prognostiziert das WIFO ein Maastricht-Defizit von 3,0% des nominellen BIP. Die Verschlechterung des Maastricht-Saldos gegenüber der WIFO-Prognose vom Dezember 2013 um rund 1 Prozentpunkt ergibt sich vor allem aus den höheren Kapitaltransfers für die Abwicklung der Hypo Alpe-Adria-Bank AG. Das soeben veröffentlichte Abgabenänderungsgesetz sieht für 2014 strukturelle Mehreinnahmen von etwas über 0,7 Mrd. € und für 2015 von etwas über 1,1 Mrd. € vor.

Wie in der Dezember-Prognose nimmt das WIFO auch in der März-Prognose an, dass ein strukturwirksames gesamtstaatliches Konsolidierungsvolumen von etwa 2 Mrd. € 2014 (davon 1 Mrd. € aus Abgabenerhöhungen) und rund 1 Mrd. € 2015 realisiert wird. Auf der Ausgabenseite ist gegenwärtig die Kürzung der Ermessensausgaben des Bundes um 0,5 Mrd. € fixiert. In der Prognose berücksichtigt sind zudem die Kosten der Anhebung der Familienbeihilfe um 4% ab Juli 2014 sowie Kostenübernahme für Zahnsparungen 2015.

Während die Konsolidierungsmaßnahmen auch den strukturellen Haushaltssaldo betreffen, sind die Maßnahmen zur Abwicklung der Hypo Alpe-Adria-Bank AG nicht direkt strukturwirksam. Als zentrale Steuerungsgröße der Budgetpolitik entspricht der strukturelle Haushaltssaldo dem um Konjunktureinflüsse und Einmaleffekte bereinigten Haushaltssaldo nach Maastricht-Definition. Kapitaltransfers an notverstaatlichte Banken wie die Hypo Alpe-Adria-Bank AG werden jedoch als Einmalausgaben klassifiziert. Einmaleinnahmen von nennenswertem Umfang fallen 2014 aus dem Steuerabkommen mit Liechtenstein an (etwa 0,5 Mrd. €).

Ausgehend von den derzeit öffentlich verfügbaren Informationen unterstellt die WIFO-Prognose, dass der Bund 2014 eine Abbaugesellschaft für die Hypo Alpe-Adria-Bank AG einrichtet, die rund 18 Mrd. € an Verbindlichkeiten der Bank übernimmt. Diese Summe erhöht den staatlichen Schuldenstand 2014 direkt und in voller Höhe. Den Haushaltssaldo nach Maastricht-Definition wird die Abwicklung der Hypo Alpe-Adria-Bank AG 2014 annahmegemäß mit 4 Mrd. € belasten, um 3 Mrd. € stärker als in der WIFO-Prognose vom Dezember 2013 angenommen. Diese Summe ergibt sich einerseits aus den für die Erstellung der Bilanz 2013 erforderlichen Kapitaltransfers, andererseits aus Abwertungen der Aktiva der Hypo Alpe-Adria-Bank AG, die im Zuge der Einrichtung der Abbaugesellschaft realisiert werden. In der Dezember-Prognose nahm das WIFO für 2015 Kapitaltransfers an die Hypo Alpe-Adria-Bank AG von 1,5 Mrd. € an. Wenn die Abbaugesellschaft 2014 eingerichtet wird, sind diese Kapitaltransfers 2015 nicht mehr nötig; dies verbessert das Maastricht-Defizit gegenüber dem in der Dezember-Prognose veröffentlichten Wert. Die mit der Verlustabdeckung bei der Hypo Alpe-Adria-Bank AG verbundene notwendige Kreditaufnahme wird in den Folgejahren den Zinsaufwand erhöhen; das wird sich auch auf das strukturelle Defizit auswirken.

Für 2015 wird ein Maastricht-Defizit von 1,2% prognostiziert. Diese Verbesserung gegenüber der WIFO-Prognose vom Dezember 2013 um 0,4 Prozentpunkte ist auf niedrigere Kapitaltransfers an notverstaatlichte Banken im Jahr 2015 zurückzuführen, welche die im Zuge der Errichtung der Abbaugesellschaft für die Hypo Alpe-Adria-Bank AG anfallenden höheren Zinsausgaben des Bundes 2015 überkompensieren. 2015 wird das strukturelle Defizit 0,9% des BIP erreichen. Die Staatsschuldenquote wird 2014 auf knapp über 80% des BIP steigen und 2015 wieder unter 80% sinken.

Die Budgetprognose ist mit erheblichen Risiken und Unsicherheiten behaftet. Sollten die unterstellten Konsolidierungsmaßnahmen nicht oder nicht im vollen Umfang umgesetzt werden, dann wird das Defizit 2014 und 2015 entsprechend höher ausfallen.

Auf der Ausgabenseite könnte zudem der Finanzbedarf für die Hypo Alpe-Adria-Bank AG, aber auch für die anderen notverstaatlichten Banken höher ausfallen als angenommen.

Übersicht 9: Wirtschaftspolitische Bestimmungsfaktoren

	2010	2011	2012	2013	2014	2015
	In % des BIP					
<i>Budgetpolitik</i>						
Finanzierungssaldo des Staates						
Lauf Maastricht-Definition ¹⁾	- 4,5	- 2,5	- 2,5	- 1,9	- 3,0	- 1,2
Struktureller Budgetsaldo	- 3,2	- 2,4	- 1,8	- 1,7	- 1,3	- 0,9
Primärsaldo des Staates laut VGR	- 1,8	+ 0,2	+ 0,1	+ 0,7	- 0,6	+ 1,2
	In %					
<i>Geldpolitik</i>						
Dreimonatszinssatz	0,8	1,4	0,6	0,2	0,3	0,3
Sekundärmarktrendite ²⁾	3,2	3,3	2,4	2,0	1,8	1,9
	Veränderung gegen das Vorjahr in %					
Effektiver Wechselkursindex						
Nominell	- 2,7	+ 0,2	- 1,5	+ 1,7	+ 0,8	+ 0,2
Real	- 3,0	+ 0,6	- 1,6	+ 2,0	+ 1,0	- 0,1

Q: WIFO, 2014, 2015: Prognose. – ¹⁾ Einschließlich Zinsströme aus Swap-Vereinbarungen, die der Staat abschließt. – ²⁾ Bundesanleihen mit einer Laufzeit von 10 Jahren (Benchmark).

7. Hauptrisiken der Prognose: Schwellenländer, Ukraine-Krise und Deflation

Das größte Risiko für die Weltkonjunktur ist derzeit die weitere Entwicklung der Kapitalmärkte in den Schwellenländern. Zwar haben sich die Wechselkurse nach der Abwertung im Jänner 2014 wieder stabilisiert; eine neuerliche Welle von Kapitalabflüssen kann jedoch nicht ausgeschlossen werden. Die Ankündigung der geldpolitischen Wende in den USA, die 2013 die Unsicherheit auf den Kapitalmärkten auslöste, dürfte in den Portfolioentscheidungen inzwischen weitgehend berücksichtigt sein. Allerdings bestehen in mehreren Schwellenländern weiterhin hohe Leistungsbilanzdefizite und Fremdwährungsschulden, sodass die Anfälligkeit für abrupte Kapitalabflüsse weiterhin hoch ist. Einzelereignisse, wie etwa die Krise in der Ukraine, könnten weitere Kapitalabflüsse und Wechselkursturbulenzen auslösen. Die davon betroffenen Länder wären in der Folge gezwungen, ihre Zinssätze abermals anzuheben, um die Kapitalflucht zu stoppen; das würde ihre Konjunktur weiter schwächen. Die dadurch weltweit steigende Unsicherheit würde die Erholung der Weltwirtschaft ebenso dämpfen.

Ein weiterer Kapitalabzug aus den Schwellenländern könnte erhebliche Währungsturbulenzen zur Folge haben. Die Deflationsgefahr im Euro-Raum insgesamt dürfte sich entschärfen, für einzelne Länder jedoch bestehen bleiben. Die Spannungen zwischen Russland und der Ukraine und etwaige Sanktionen sind ein weiterer Unsicherheitsfaktor der vorliegenden Prognose.

Übersicht 10: Außenhandel mit Russland 2013

	Mio. €	Veränderung gegen das Vorjahr in %	Anteile am Gesamtexport bzw. -import in %
<i>Export nach Russland</i>			
EU 28	119.763	- 2,9	2,6
Euro-Raum 18	88.581	- 4,0	2,5
Österreich	3.477	+ 9,2	2,8
<i>Import aus Russland</i>			
EU 28	206.581	- 3,9	4,6
Euro-Raum 18	145.549	+ 0,2	4,4
Österreich	3.183	- 22,2	2,4

Q: Eurostat, Statistik Austria.

Der Konflikt zwischen Russland und der Ukraine hat bislang nur lokal begrenzte Auswirkungen auf die Wirtschaft. Während die Wirtschaftsbeziehungen mit der Ukraine für die EU insgesamt, den Euro-Raum und Österreich eher unbedeutend sind, haben jene mit Russland beträchtlich mehr Gewicht: Rund 2½% aller Exporte der EU und des Euro-Raumes gehen nach Russland (Übersicht 10; großteils Maschinen und Fahrzeuge), und etwa 4½% der Importe kommen aus Russland. Damit erwirtschaftet Russ-

land gegenüber beiden Räumen einen deutlichen Überschuss. Für Österreichs Export hat Russland etwas größere Bedeutung (rund 3% des Exports), aber nur 2,4% der Einfuhr werden aus Russland bezogen (überwiegend Brennstoffe). Für die EU insgesamt und für den Euro-Raum hat Russland als Bestimmungsland für Direktinvestitionen geringes Gewicht (Übersicht 11; rund 1,5% des gesamten Bestandes an Direktinvestitionen der EU bzw. des Euro-Raumes, nur ¼% der russischen Direktinvestitionen in der EU und im Euro-Raum). Österreichs Engagement ist etwas höher (rund 5% des Auslandsinvestitionsbestandes; ebenfalls rund 5% der gesamten Direktinvestitionen kommen aus Russland).

Übersicht 11: Direktinvestitionstätigkeit mit Russland 2012

	Mio. €	Veränderung gegen das Vorjahr in %	Anteile an den Gesamtinvestitionen in %
<i>Bestände in Russland</i>			
EU 28	189.518	+ 11,9	1,5
Euro-Raum 18	173.312	+ 15,3	1,7
Österreich	8.494	+ 6,7	5,3
<i>Bestände aus Russland</i>			
EU 28	76.749	+ 33,8	0,7
Euro-Raum 18	71.775	+ 34,7	0,8
Österreich	6.535	+ 17,9	5,2

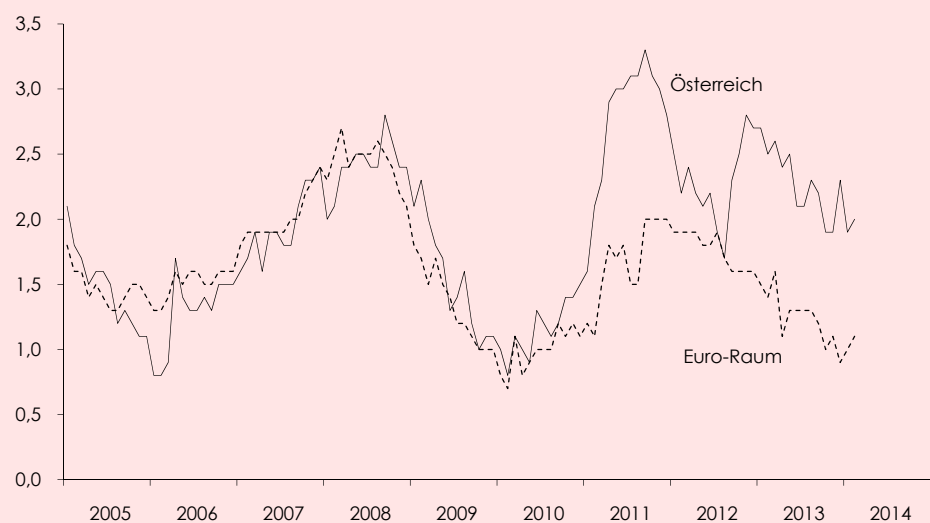
Q: Eurostat.

Sollten umfangreiche ökonomische Sanktionen beschlossen werden, dann könnte dies Auswirkungen auf den Außenhandel und die Direktinvestitionen haben. Noch sind solche Maßnahmen unbestimmt und daher auch nicht Gegenstand dieser Prognose.

Ein weiteres Abwärtsrisiko für die Konjunktur liegt in der Deflationsgefahr im Euro-Raum. Die Inflationsrate ging 2012 und 2013 in den meisten EU-Ländern und im Euro-Raum insgesamt kontinuierlich zurück. Diese Entwicklung spiegelt einerseits das Wegfallen temporärer Faktoren wider (Anhebung indirekter Steuern im Zuge der Budgetkonsolidierung, Verteuerung von Nahrungsmitteln und Energie). Andererseits dämpft die Konjunkturschwäche den Preisanstieg.

Abbildung 2: Entwicklung der Kerninflation in Österreich und im Euro-Raum

Veränderung gegen das Vorjahr in %



Q: Eurostat.

Ein Rückgang des Preisniveaus würde die ohnehin schwache Konjunkturerholung im Euro-Raum dämpfen. Er ist gleichbedeutend mit einem Anstieg der Realzinssätze und einer Zunahme des realen Wertes der Schulden. Beide Faktoren würden die Ex-

pansion von privatem Konsum und Unternehmensinvestitionen einschränken. Dies könnte wiederum die Entwicklung der Löhne und Preise weiter dämpfen und so in einer sich selbst verstärkenden Deflationsspirale münden.

Deutlicher als die Inflationsrate selbst zeigen sich Preistrends in der Kerninflationsrate, die um die schwankungsanfälligen Preise von unbearbeiteten Lebensmitteln und Energie bereinigt ist (Abbildung 2). In Österreich war die Kerninflationsrate nach der Wirtschaftskrise Anfang 2010 mit unter 1% wesentlich niedriger als in den letzten Monaten (rund 2%). Im Euro-Raum liegt sie zur Zeit mit rund 1% nur knapp über dem Tiefstwert vom Jänner 2010; die aufkeimende Konjunkturdynamik könnte den Preis-auftrieb bald wieder in Gang setzen. Im Euro-Raum insgesamt droht also derzeit keine Deflationsspirale; in einigen Euro-Ländern ist die Inflationsrate allerdings nur mehr knapp positiv oder bereits negativ. Dies gilt insbesondere für die von der Krise besonders betroffenen Länder Südeuropas. Ein Abgleiten dieser Länder in eine längere Phase der Deflation würde politische und soziale Spannungen auslösen und das Auseinanderdriften der Währungsunion verstärken.

Auch der Bankensektor des Euro-Raumes steht 2014 vor einigen Herausforderungen. Im Vorfeld der Umsetzung der Aufsicht über die größten Banken durch die Europäische Zentralbank werden im Sommer und Herbst 2014 umfangreiche Stresstests durchgeführt und der Kapitalbedarf der Banken erhoben. Sollte sich herausstellen, dass einige Banken auf die finanzielle Unterstützung der öffentlichen Hand angewiesen sind und dies den ohnehin engen Budgetspielraum übermäßig belastet, dann könnte die Verunsicherung der privaten Haushalte, Unternehmen und Finanzinvestoren neuerlich zunehmen.